Zeitschrift: Rote Revue : sozialistische Monatsschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 40 (1961)
Heft: 6

Artikel: Sozialismus und Freiheit
Autor: Escher, Fritz
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-337286

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 15.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

40. JAHRGANG
JUNI 1961
HEFT 6

ROTE REVUE

FRITZ ESCHER

Sozialismus und Freiheit

Unter dieser zeitgemäßen und zukunftsgläubigen Parole fand am 2. und 3. Juni 1961 der ordentliche *Parteitag der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz in Lausanne* statt. Mehr als zwanzig Jahre sind vergangen, seit ein Kongreß der SPS in der Westschweiz durchgeführt worden ist. Zwei Jahrzehnte, in denen sich die politische und wirtschaftliche Struktur der Welt grundlegend veränderte, und in denen auch die Verhältnisse in der Schweiz eine wesentliche Wandlung erfuhren, so daß sich die Sozialdemokratische Partei stetsfort vor neue Aufgaben gestellt sah und unsere Volksbewegung selbst ein neues Gesicht erhielt.

Die Zielsetzung der Partei ist allerdings dieselbe geblieben. Wir freiheitlich denkenden Sozialisten kämpfen nach wie vor — auf dem Boden und mit den Mitteln der Demokratie — gegen eine auf der Vorherrschaft des Kapitals beruhende Gesellschaftsordnung, indem wir gemäß Parteiprogramm erklären:

«Die Menschen dürfen durch keine Vorrechte benachteiligt und durch keine wirtschaftliche Macht ausgebeutet werden. Solidarität und soziale Gerechtigkeit müssen die Grundpfeiler der menschlichen Gemeinschaft bilden. Erst dann ist unsere gesellschaftliche Ordnung so gestaltet, daß sie den Menschen von wirtschaftlichen Gefahren und Not befreit, seine Rechte garantiert und ihm die Schönheiten des Lebens erschließt.»

Im Geiste dieser Prinzipien tagte der jüngste Landeskongreß der SPS.

Die periphere Lage der schönen Stadt Lausanne vermochte den Besuch des Parteitages nicht zu beeinträchtigen; im Gegenteil, im Zeichen der Verbundenheit zwischen welschen und deutschsprachigen Sozialisten fanden sich nicht weniger als *555 stimmberechtigte Sektionsdelegierte und Vertreter der Parteiorgane* im prächtigen Palais de Beaulieu zusammen, um sich lebhaft

an den interessanten Verhandlungen zu beteiligen. Zu ihnen gesellten sich zahlreiche Gäste aus dem In- und Ausland, darunter die Genossen Albert Carthy, Sekretär der Sozialistischen Internationale; Waldemar von Knoeringen, stellvertretender Vorsitzer der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands; George Dejardin, Abgeordneter von der Parti socialiste belge; Bundesminister dipl. Ing. Karl Waldbrunner, von der Sozialistischen Partei Österreichs, und das Parlamentsmitglied George Brown von der großen englischen Labour Party.

Der *Geschäftsbericht* pro 1959 und 1960, der umfangreiche Bericht der sozialdemokratischen Fraktion in den eidgenössischen Räten und die vom Parteikassier vorgelegten Rechnungen der SPS fanden einhellige Zustimmung. Alle diese Rapporte legten Zeugnis ab für die in den vergangenen zwei Jahren von der Gesamtpartei geleistete wertvolle Arbeit im Dienste von Volk und Demokratie. Mit Recht wurden bei der mündlichen Erläuterung des Geschäftsberichtes die Erfolge der Partei auf politischem und sozialpolitischem Gebiet hervorgehoben (Zweiervertretung im Bundesrat, Einführung der Invalidenversicherung und wesentliche Verbesserungen der AHV), doch kamen auch Mißerfolge in wichtigen Sachfragen offen zur Sprache, wie zum Beispiel die Abschwächung der eidgenössischen Gesetzgebung über die Preiskontrolle, die trotz heftigem und ausdauerndem Widerstand gegen die Politik der bürgerlichen Parteien nur teilweise verhindert werden konnte. Ebenso unverblümt wurden die da und dort eingetretenen Rückschläge bei Wahlen sowie die Stagnation in der Mitgliederbewegung der Gesamtpartei dargestellt, wobei zum letzten Punkt erfreulicherweise gesagt werden kann: im Jahre 1960 ging es wieder aufwärts, und an vielen Orten ist eine merkliche Verjüngung der Mitgliedschaft eingetreten. Das kam übrigens am Lausanner Parteitag durch die Anwesenheit von zahlreichen jugendlichen Delegierten deutlich zum Ausdruck.

Die Wahl der Parteiorgane der SPS führte nicht zu großen Änderungen weder in der Politischen Kommission noch in der Geschäftsleitung. Bundesrat Dr. Willi Spühler ist aus dieser ausgetreten (er wurde durch den Winterthurer Arbeitersekretär ersetzt), so daß die *Geschäftsleitung der SPS* für die kommenden zwei Jahre aus den Genossen Walther Bringolf, Pierre Graber, Fritz Grütter, Hermann Leuenberger, Hans Nägeli, Paul Schmid-Ammann, Albert Schmocker, Erwin Schneider und aus den Parteisekretären Escher, Favre und Oettli besteht. Nationalrat *Walther Bringolf*, Schaffhausen, stellte sich noch einmal als schweizerischer Parteipräsident zur Verfügung, was ihm der Kongreß durch langanhaltenden Beifall herzlich verdankte.

Bezüglich der Hauptgeschäfte, die der Lausanner Parteitag zu behandeln hatte, drängt sich zunächst die Feststellung auf, daß diese ganz anderer Art waren als jene, die am vorangegangenen Kongreß der SPS vom 27. und 28.

Juni 1959 in Winterthur zur Diskussion standen. Während die Delegierten damals eine zeitgemäße theoretische Grundlage für die schweizerische Partei zu erarbeiten hatten und sich darum zwangsläufig mit den weitergesteckten Zielen der Sozialdemokratie befassen mußten, ging es diesmal um konkrete Vorschläge zur Lösung von Gegenwartsaufgaben, die im neuen Parteiprogramm als besonders wichtig und dringend hervorgehoben worden sind.

Das gilt vor allem für das Referat von *Bunderat Dr. Hans Peter Tschudi*, der in magistraler Weise über die unterschiedliche Entwicklung der zehn verschiedenen Zweige der schweizerischen Sozialversicherung sprach; also über die Altersversicherung, die Hinterlassenenversicherung, die Unfallversicherung, die Versicherung gegen Berufskrankheiten, die Krankenversicherung, die Invalidenversicherung, die Mutterschaftsversicherung, die Arbeitslosenversicherung, das Kinderzulagewesen und über die Erwerbsausgleichskasse der Wehrmänner. Bundesrat Tschudi begnügte sich aber nicht mit der systematischen Darlegung der rechtlichen und finanziellen Grundlagen der vorhandenen Sozialeinrichtungen und ihren Leistungen, sondern er untersuchte auch die Möglichkeiten für den weiteren Ausbau und eine bessere Koordinierung der eidgenössischen Sozialversicherungen, um dann abschließend Betrachtungen über den tieferen Sinn der Sozialmaßnahmen anzustellen, der darin besteht, die Würde des Menschen in der Gesellschaft zu sichern.

Die nachfolgende *Diskussion* beschränkte sich denn auch nicht auf bestehende Versicherungsprobleme, sondern berührte alle Aspekte der modernen Sozialpolitik. Basierend auf zahlreichen Sektionsanträgen, kamen zur Sprache: die weitere Verbesserung der AHV und der IV, die Revision des KUVG (inklusive Mutterschaftsversicherung), die *Förderung des Baues preiswerter und gesunder Wohnungen* sowie das kommende *eidgenössische Arbeitsgesetz*, zu dem Hermann Leuenberger, der Präsident und Vertreter des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes, schon in seiner Begrüßungsansprache ein träfes und klärendes Votum abgegeben hatte. Besonders nachdrücklich verfochten mehrere Votanten das Begehren zur Unterbindung der landesschädigenden Bodenspekulation.

Fast alle Anträge der Sektionen zu den Fragen der Sozial- und Wirtschaftspolitik wurden vom Parteivorstand zur Annahme empfohlen oder zur Prüfung entgegengenommen. Ganz speziell soll die Schaffung von besseren Rechtsgrundlagen für eine wirksame *Bekämpfung der Bodenspekulation* forciert werden, wobei im Kongreß die Meinung herrschte, es müsse, sofern die parlamentarischen Vorstöße nichts fruchten, zusammen mit dem SGB und anderen Organisationen, im geeigneten Moment eine Volksinitiative lanciert werden.

Höhepunkt der Verhandlungen am Sonntag und wohl des Parteitages überhaupt war das brillante Referat von *Nationalrat Pierre Graber*, der die

sozialdemokratische *Forderung des Rechts auf Bildung* ausgezeichnet begründete und mutig den Weg wies, den wir in der Schweiz beschreiten müssen, wenn wir in bezug auf die Ausbildung des wissenschaftlichen, technischen und beruflichen Kaders den Erfordernissen der Zeit gerecht werden wollen. Die konzentrierten, solid dokumentierten Darlegungen Grabers über die unbefriedigenden Zustände bei der Rekrutierung von Studierenden und in unserer Stipendienordnung, seine konkreten Vorschläge zur Erneuerung unseres Schulwesens auf allen seinen Stufen und zur Förderung der beruflichen Ausbildung werden von der SPS in der Form einer Broschüre herausgegeben. Jetzt schon möchten wir diese Schrift allen Lesern der «Roten Revue» bestens zur aufmerksamen Lektüre empfehlen. Das Referat und die Diskussion über das Recht auf Bildung vom Lausanner Parteitag haben der Volksbewegung für die Verwirklichung dieses Postulates kräftige Impulse gegeben, deren Auswirkungen im Bund und in den Kantonen schon bald zu spüren sein werden.

Nicht zu befriedigen vermochte die am Parteitag auf Grund von 15 Sektionsanträgen aus der Westschweiz und aus dem Tessin geführte, etwas improvisiert wirkende Diskussion über *Fragen der militärischen Landesverteidigung*, also zu einem Punkte, der nicht als Geschäft auf der definitiven Traktandenliste figurierte. Bei allem Verständnis für die Beunruhigung unserer welschen Freunde über die ständig steigenden Militärausgaben ist es doch so, daß die Sozialdemokraten in den eidgenössischen Räten die vom Generalstab geforderte Konzeption der Landesverteidigung keineswegs widerspruchslos akzeptierten und nicht etwa allen geforderten Rüstungskrediten unbesehen zustimmen, sondern jede Ausgabe gründlich auf ihre sachliche Berechtigung hin prüfen (zum Beispiel Südafrika-Panzer). Doch prinzipiell, das betonte Präsident Bringolf energisch, steht die Sozialdemokratische Partei der Schweiz entschieden auf dem Boden der Landesverteidigung; sie tritt darum konsequenterweise dafür ein, weil es die leider immer noch gefahrenvolle Weltlage erfordert, daß unsere Milizarmee die für einen wirksamen Schutz der schweizerischen Neutralität nötige moderne Bewaffnung erhält. Der Lausanner Kongreß hat diesen Standpunkt, in Bestätigung früherer Parteitagsbeschlüsse, mit großem Mehr gebilligt. Die SPS wird also nicht zur Politik der Begrenzung der Militärausgaben durch einen starren Finanzplafond zurückkehren; anderseits wird sie sich aber durch die erfolgte Erhöhung der Militärausgaben nicht davon abhalten lassen, mit aller Kraft für den raschen und wirksamen Ausbau der eidgenössischen Sozialeinrichtungen einzustehen. Die Alternative «Militärausgaben oder Sozialausgaben» hat sich als ebenso falsch erwiesen wie etwa die Gegenüberstellung «Gesetz oder Vertrag». Richtig ist es, in umfassender Weise für die geistige, politische, soziale *und* militärische Landesverteidigung einzustehen.

Unbestritten war am Kongreß das Begehren, es sei den *Dienstverweige-*

rern aus Gewissensgründen durch die Schaffung humanistischer Rechtsgrundlagen Verständnis entgegenzubringen, zumal das keine Schwächung unserer Wehrkraft zur Folge hätte.

Abschließend sei noch festgehalten, daß am Parteitag von Lausanne auch *Fragen der Weltpolitik* zur Sprache kamen, obwohl Genosse Bringolf zum großen Bedauern der Delegierten aus Zeitgründen den vorgesehenen Überblick über die internationale politische Lage nicht mehr bieten konnte. Unsere Verbundenheit mit dem politischen Geschehen jenseits der Landesgrenzen fand jedoch in kurzen Ansprachen der Vertreter unserer sozialistischen Bruderparteien sinnvollen Ausdruck und wurde auch im Zusammenhang mit der Behandlung von Sektionsanträgen zur Frage der europäischen Integration und der Hilfeleistung an Entwicklungsländer eindeutig bekundet.

Alles in allem dürfte sich der Lausanner Kongreß als ein nützlicher Parteitag erweisen. Er wirkte klärend und richtunggebend für die Tätigkeit der Parteimitglieder und der sozialdemokratischen Mandatare in nächster Zukunft. Und darauf, daß ein jeder an seinem Ort gute praktische Arbeit leistet, kommt es letztendlich an, denn wir Sozialisten wollen uns ja nicht darauf beschränken, die gesellschaftlichen Verhältnisse zu interpretieren, sondern wir wollen diese zum Wohle aller Menschen im Sinne unserer sozialistischen Erkenntnisse verändern. Denn davon sind und bleiben wir zutiefst überzeugt: *Die Verwirklichung des Sozialismus bedeutet Gerechtigkeit, Freiheit, Frieden und Kultur!*

Resolution der SPS zum «Recht auf Bildung»

«Um der Forderung nach sozialer Gerechtigkeit und den gebieterischen wirtschaftlichen Notwendigkeiten unserer Zeit zu entsprechen, verlangt die Sozialdemokratische Partei der Schweiz die Neufassung des Begriffes «Recht auf Bildung». Im Rahmen der obligatorischen Schulzeit darf man sich nicht länger mit dem Recht auf die Unentgeltlichkeit des Unterrichtes in den unteren Schulstufen zufriedengeben. Jedes Kind, Knabe oder Mädchen, muß unabhängig von Herkunft und Wohnort den Unterricht erhalten, der seiner Begabung entspricht. Dieses Recht muß durch die Verfassung gewährleistet werden. Die Unentgeltlichkeit soll nicht nur Schulgelder und Lehrbücher umfassen, sondern sich auch auf die Entschädigung für Fahrtkosten oder für Unterkunft außerhalb des elterlichen Heimes erstrecken.

Da die Souveränität der Kantone gewahrt bleiben muß, sollen die Kantone die nötigen Maßnahmen treffen, unter finanzieller Unterstützung des Bundes. Im gleichen Geist soll dieser alle öffentlichen Schul- und Bildungseinrichtungen unterstützen, die geeignet sind, den Kindern zu dienen, die in ihrer eigenen Familie nicht die genügende Förderung finden.

Nach der obligatorischen Schulzeit darf die Fortsetzung des Studiums oder der Berufsbildung durch kein materielles Hindernis gehemmt werden. Jeder Kanton soll eine allgemeine Ordnung für die Ausbildungsbeiträge mit finanzieller Beteiligung des Bundes einführen. Diese Leistungen sollen à fonds perdu gewährt werden nach erfolgter automatischer Prüfung der Fähigkeiten und der wirtschaftlichen Lage des Stipendiaten.

Nach erfolgter Berufsausbildung sollen die Möglichkeiten für eine dauernde weitere Ausbildung geschaffen werden; das Recht auf Vervollkommnung während der Berufsausbildung muß anerkannt und seine Verwirklichung unter Beteiligung der Berufsverbände organisiert werden. Die Notwendigkeit der allgemeinen Erwachsenenbildung muß als unerläßlich anerkannt und von der öffentlichen Hand finanziell kräftig unterstützt werden. Erforderlich ist ebenfalls die Schaffung eines zweiten Bildungsweges, um den fähigen jungen Menschen, die bereits im Erwerbsleben stehen, die Umschulung auf den Lehrerberuf und den Zutritt zu den Universitäten und Hochschulen zu ermöglichen.

Als erstes ersucht die Sozialdemokratische Partei der Schweiz ihre Mandatare, alle Anstrengungen zu unternehmen, um eine Revision des Artikels 27 der Bundesverfassung zu erreichen, damit auf allen Stufen das Recht auf Bildung gewährleistet wird.»

IGNAZIO SILONE

Die «Neuen Editionen von Capolago» und die Kriegsjahre

Fortsetzung

Unter der schweizerischen Bevölkerung fand unsere Opposition dem Faschismus gegenüber Verständnis und Hilfe – nicht nur moralisch – bei der zu jener Zeit von Hans Oprecht präsidierten Sozialdemokratischen Partei und bei einigen Arbeitergewerkschaften, dann auch bei der Tessiner Radikalen Partei, die sich durch Spaltung der Freisinnigen Partei gebildet hatte, und bei einzelnen intellektuellen Persönlichkeiten, besonders in den Kantonen der deutschen und der welschen Schweiz. Ihre Sympathie für die gute Sache, die wir vertraten, war für uns von großem Nutzen, besonders in den Kriegsjahren.

Es ist nicht leicht für denjenigen, der sie nicht miterlebt hat, sich eine genaue Idee von der komplexen Atmosphäre des schweizerischen Lebens in